

Zusammenfassung der VOX-Analyse Juni 2021: Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Fast 60 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung haben am 13. Juni 2021 abgestimmt – und vergleichsweise viele, die dem Bundesrat weniger stark vertrauen. Die beiden Agrar-Initiativen haben am stärksten mobilisiert, wobei das CO2-Gesetz am stärksten diskutiert wurde. Die starke Mobilisierung der Agrar-Initiativen in ländlichen Regionen hat aber nicht nur zu zwei klaren Nein bei diesen Initiativen geführt, sondern auch dazu beigetragen, dass das CO2-Gesetz abgelehnt wurde. Zudem haben finanzielle Abwägungen das Nein beim CO2-Gesetz unterstützt. Jüngere haben beim CO2-Gesetz zwar mehrheitlich Ja gestimmt, aber das hat nicht gereicht. Beim Covid-19-Gesetz hat eine klare Mehrheit ihr Vertrauen dem Bundesrat, dem BAG und der COVID-19 Task Force ausgesprochen. Ebenfalls ist das Ja zum Terrorismus-Gesetz ein Vertrauensbeweis für den Bundesrat und die Polizei, die nun mehr Instrumente zur Verfügung hat, um die Schweiz vor terroristischen Attentaten zu schützen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'057 Stimmberechtigten der VOX-Analyse Juni 2021. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Nein zur Trinkwasser-Initiative als Ausdruck des Vertrauens in den Bauernstand **Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» («Trinkwasser-Initiative»)**

Die Trinkwasser-Initiative wollte über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft starke Umweltauflagen einführen. Sie scheiterte mit 39,3 Prozent Ja-Stimmenanteil deutlich. Die Nein-Seite begründete dies am ehesten mit der Verbundenheit zur Landwirtschaft und beurteilte die Forderungen als zu extrem oder fand die Vorlage übertrieben. Auf dem Land war die Ablehnung deutlicher, während sie in Kernstädten eine Mehrheit überzeugte. Der Lebensort war damit für die Entscheidung wichtiger als soziodemographische Merkmale der Befragten. Die Abstimmung erwies sich insgesamt als Vertrauensbekundung an die heutige Landwirtschaft: Je höher das Vertrauen in die Bauern war, desto höher fiel der Nein-Anteil aus. Politisch betrachtet wurde die Initiative von Personen, die sich politisch links positionieren oder mit linken oder grünen Parteien sympathisieren, deutlich besser beurteilt, wobei es aus den Reihen von GLP und SP-Anhängerschaften trotz Ja-Mehrheiten auch viele Nein-Stimmende gab. Befürwortende begründeten die Sympathien sowohl mit Umweltaspekten wie auch mit der Gesundheit, weil Trinkwasser eine wichtige Lebensgrundlage darstellt.

Pestizideinschränkungen zwar akzeptiert, das Verbot aber scheitert auch aus preislichen Erwägungen

Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» («Pestizidverbot-Initiative»)

Bereits der Bundesrat hat die Diskussion über die Trinkwasser-Initiative und die Pestizidverbots-Initiative gemeinsam geführt. Die Abstimmung über zwei agrarpolitische

Vorlagen am gleichen Tag führte auch in den Medien meist zu einer parallelen Diskussion und die Nein-Seite argumentierte gegen beide Vorlagen ähnlich. Das übertrug sich auf das Stimmverhalten: Über 90 Prozent stimmten gleich, das Resultat fiel mit 39,4 Prozent Ja-Stimmenanteil praktisch identisch aus und auch das Konfliktmuster bei den beiden Vorlagen präsentierte sich annähernd deckungsgleich. So wirkte sich beispielsweise die Differenzierung der GLP mit Stimmfreigabe bei der Pestizidverbots-Initiative und einer Ja-Parole für die Trinkwasser-Initiative nicht erkennbar auf die Mehrheitsverhältnisse bei den GLP-Sympathisierenden aus. Die Differenzierung bei den Stimmenden war damit zwar auf anhand der Argumente gut fundiert, beschränkte sich jedoch auch beim Nein zur Pestizidverbots-Initiative im Kern auf das Vertrauen in den Bauernstand. Die Beurteilung der Ja- und Nein-Argumente verweisen darauf, dass ein grundsätzlicher Stopp von Pestiziden in der Landwirtschaft zwar gut akzeptiert ist und sogar als machbar gilt, jedoch die vorgeschlagenen Auflagen Lebensmittel in der Schweiz teurer machen würden. Steigende Lebensmittelpreise wurden spontan bei beiden Vorlagen selten als Grund für das Nein genannt, Preiserwägungen spielten aber auf Ebene der Argumente ebenfalls eine wichtige Rolle.

**Ja-Stimmende vertrauen dem Bundesrat, BAG und der COVID-19 Task Force
Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates
zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)**

Das Covid-19-Gesetz wurde erlassen, um die notwendigen Rechtsgrundlagen zu schaffen, damit der Bundesrat die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Gesellschaft und Wirtschaft mildern kann. Der Verein «Freunde der Verfassung» hat das Referendum ergriffen, da mit diesem Gesetz Missbrauchspotenzial entstünde und am Volk vorbei erarbeitet worden sei. Das Covid-19-Gesetz wurde mit 60,2 Prozent Ja-Stimmen klar angenommen. Ja-Stimmende vertrauen dem Bundesrat, dem BAG und der COVID-19 Task Force. Für sie ist klar, dass die Gesetzesgrundlage notwendig ist, um finanzielle Unterstützung zu sichern, es eine klare Führung während der Pandemie benötigt und der Bundesrat einen guten Job mache. Nein-Stimmende hingegen waren mehrheitlich jünger als 40 Jahre, haben geringeres Vertrauen in den Bundesrat und sympathisieren mehrheitlich mit der SVP. Sie argumentierten, dass mit der Annahme des Gesetzes zu viel Missbrauchspotenzial entstünde, die Kosten zu hoch seien, dass es zu einem Impfzwang käme und die Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie schlimmer seien als das Virus selbst.

**Klimaschutz verliert gegen die erwarteten Teuerungen und hohen Kosten
Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO2-Gesetz)**

Das CO2-Gesetz knüpft an die bisherige Klimapolitik an und zielt darauf ab, den CO2-Ausstoss zu reduzieren. Das Gesetz schafft finanzielle Anreize, um klimafreundliches Verhalten zu fördern. Wirtschafts- und SVP-Kreise haben zusammen mit der Westschweizer Sektion der Klimastreikbewegung das Referendum ergriffen. Während Wirtschafts- und SVP-Kreise kritisierten, dass das Gesetz zu teuer werden würde, ging es den

Klimastreikbewegenden zu wenig weit. Das Gesetz wurde mit 48,4 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Die Motive der Nein-Stimmenden waren mehrheitlich finanzieller Natur: Das Kosten-Nutzen-Verhältnis des CO2-Gesetzes stimmt nicht und schwächt den Mittelstand. Der Grundsatz eines aktiven Klimaschutzes war in der Gegnerschaft umstritten: 46 Prozent der Nein-Stimmenden stimmten dem Argument für ein entschiedeneres Vorgehen gegen den Klimawandel zu. Die Mehrheit von ihnen vertraut jedoch weder den Umweltverbänden, der Wissenschaft noch der Klimaforschung sehr. Die Mehrheit der Nein-Stimmenden sympathisieren mit der SVP, FDP und der Mitte. Es ist anzunehmen, dass die Mobilisierung der Agrarinitiativen einen Einfluss auf das Nein des CO2-Gesetzes hatte, denn das dreifache Nein (Agrarinitiativen und CO2-Gesetz) kam auch durch die grosse Unterstützung von Personen aus ländlichen Gebieten zustande. Für die klare Mehrheit der Ja-Stimmenden hingegen war wichtig, dass der Umweltschutz höher zu werten ist als der wirtschaftliche Wohlstand – und deshalb dringend gehandelt werden müsste. Zudem zeigt sich, dass mit steigendem Alter der Nein-Anteil deutlich steigt. Jüngere haben mehrheitlich Ja gestimmt, auch weil Jüngere im Vergleich zu Älteren den Umweltschutz höher gewichten als den Wohlstand.

Terrorismus-Sorgen überwiegen Angst vor Polizei-Willkür und Überwachungsstaat Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) («Terrorismus-Gesetz»)

Das Terrorismus-Gesetz soll eine Gesetzeslücke schliessen, indem sie der Polizei mehr Möglichkeiten gibt, um terroristische Attentate zu verhindern. Dagegen wurde das Referendum vom Verein «Freunde der Verfassung» und verschiedenen Jungparteien ergriffen. Für sie ist klar, dass das Gesetz zu schwammig sei und die Schweiz zum Polizeistaat werden könnte. Das Terrorismus-Gesetz wurde mit 56,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Ja-Stimmende kamen von Sympathisantinnen und Sympathisanten der Mitte, FDP, SVP, GLP und Grüne. Sie haben mindestens hohes Vertrauen in die Polizei und den Bundesrat. Zudem war für sie ausschlaggebend, dass die Sicherheit der Schweiz verstärkt werden müsse und die Terrorgefahr real sei. Deshalb müsse die Polizei mehr Instrumente erhalten. Für Nein-Stimmende erlaubt das Gesetz zu viele Befugnisse, ermöglicht willkürliches Verhalten der Polizei und führt zum Verlust des Rechtsstaates. Nein-Stimmende waren auch mehrheitlich jüngere Personen. Der Alterseffekt war grösser als beim CO2-Gesetz.

Junge und Personen von «rechtsaussen» wurden stark mobilisiert Die Beteiligung

Am eidgenössischen Urnengang vom 13. Juni 2021 nahmen vergleichsweise sehr viele Stimmberchtigte an der Abstimmung teil: Bei den fünf Vorlagen lag die Teilnahme zwischen 59,5 Prozent und 59,7 Prozent. Nur an vier anderen Sonntagen gaben mehr Personen ihre Stimme ab. Was bei der Teilnahme im Vergleich zu anderen Abstimmungs-sonntage auffällt: Am 13. Juni 2021 haben vermehrt Junge ihre Stimme abgegeben, nämlich 54 Prozent aller 18-29-Jährigen, und Personen, die sich in der Links-Rechts-

Selbsteinstufung mit «rechtsaussen» positionieren. Zudem haben viele an der Abstimmung teilgenommen, die dem Bundesrat nicht sehr stark vertrauen.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 13. Juni 2021 hatte das Schweizer Stimmvolk über fünf Vorlagen zu entscheiden. Die Trinkwasser-Initiative, die Pestizidverbot-Initiative und das CO2-Gesetz wurden abgelehnt. Das Covid-19-Gesetz und das Terrorismusgesetz wurden angenommen.

Über die Studie

Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive für und gegen die Teilnahme und für die Entscheide der Stimmberchtigten. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberchtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, den Stimmentscheiden und den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiß.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdataen der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei Swissvotes frei heruntergeladen werden. Das gilt auch für alle alten VOX-Datensätze und VOX-Berichte.

Wer finanziert die VOX-Studien?

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Institute Member

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.